



Protokoll Plenum Runder Tisch für Gleichberechtigung gegen Rassismus

vom 10.06.2024, Neues Rathaus (Gobelinsaal), 16:00-18:00 Uhr

anwesend:

Sigmar Walbrecht, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Dieter Räger, DGB-Bezirk Hannover
Lipi Mahjabin Ahmed, IIK e.V.
Peyman Javaher-Haghighi, Kargah e.V.
Nezir Bajab Begovic, AWO Hannover
Ursula Herzog- Karschunke, LHH- SBM
Durdane Erseker, Johanniter
Kurt Niemeyer, Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.
Annika Gießler, Janusz Korczak humanitäre Flüchtlingshilfe e.V.
Sara Hooke, Kargah e.V.
Lea Schönberger, Caritasverband Hannover e.V.
Tan Gara Bakari, MiSO- Netzwerk „Weact“
Bruno Wolf, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen + Volt + Piratenpartei

Protokoll: Marie Achelpöhler, IIK e.V.

Entschuldigt: Dr. Bettina Doering, LHH

1. Begrüßung

Dieter Räger begrüßt alle Anwesenden, die sich anschließend kurz vorstellen.

2. Annahme Protokoll vom 06.03.24

Das Protokoll des Plenums vom 06.03.24 wird einstimmig angenommen.

3. Bericht vom Roma Center e.V. Göttingen zu Antiziganismus in Niedersachsen und Hannover

- Das Roma Center ist eine bundesweit tätige migrantische Selbstorganisation, die 2006 von Rom*nja aus Jugoslawien gegründet wurde. Schwerpunkte der Arbeit des Netzwerks sind politische und historische Bildung, Antidiskriminierung und Empowerment, Beratung und Unterstützung von migrantischen Roma bei

Diskriminierung und rassistisch motivierter Gewalt, sowie im Bereich Flucht und Aufenthalt.

Die Referentin stellt in ihrem Bericht die Situation post /migrantischer Rom*nja in Deutschland da. Die Referentin berichtet, wie als Folge der Jahrzehnte langen Verfolgung von Rom*nja eine Dauermigration von Menschen ohne Aufenthaltspapiere entstanden ist. Die Menschen fliehen vor Verfolgung, Diskriminierung, Marginalisierung und rassistischer Gewalt. Wiederkehrend wird sich einem Narrativ bedient, das den Rom*nja gezielte Zuwanderung in die Sozialsysteme Deutschlands unterstellt.

Eine Nichtanerkennung der Rom*ja in Deutschland verwehrt eine Inklusion in das Deutsche System. Es ist ein gegenteiliges Phänomen der Desintegration zu beobachten. Verursacht durch lange Duldungsdauer (teilw. bis zu 40 Jahre), Arbeitsverbote, Verwehren von Integrations- und Sprachkursen und prekäre Wohnverhältnisse. Die Faktoren wirken sich negativ auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die Bildungschancen, die gesundheitliche und psychische Situation der betroffenen Menschen aus. Strukturelle und institutionelle Diskriminierung tragen zur Stereotypisierung und Marginalisierung der Rom*nja in Deutschland bei.

- Was kann der Runde Tisch zur Unterstützung der Rom*nja in Hannover tun? Wichtig sei, dass strukturelle Ansätze gefunden werden, um die Situation der betroffenen Menschen zu verbessern. Dabei gilt es stets die Selbstorganisationen zu involvieren. Ein System, das sich bewährt hat, ist der Einsatz von Mediator*innen aus der Community, die als Vermittler*innen auftreten.
- Als bereits bestehendes Projekt in Hannover wird das Mentoring Programm „Rucksack Schule“ genannt. Die Referentin kritisiert das Projekt für den Einsatz von Vermittler*innen, die keine Rom*nja sind, was zu Missverständnissen und Reproduktion von Vorurteilen führe.
- Ein anderes Mentoring Programm der AWO arbeitet mit Teilhabe Coaches. Hier werden getroffene Personen als Vermittler*innen eingesetzt und erhalten für ihre Arbeit ein Honorar.

4. Bericht über das Landes-Anti-Diskriminierungsgesetz

- Bakari „Eby“ Tangara stellt den aktuellen Stand des Landes-Anti-Diskriminierungsgesetzes vor. Ein Entwurf des Gesetzes wurde dem Minister vorgelegt. Der Referent berichtet, dass vor zwei Wochen in Berlin zum ersten Mal eine Entschädigung durch das Anti- Diskriminierungsgesetz wirksam eingeklagt worden ist.
- Der Referent stellt das Projekt „Weact“ vor. Im Rahmen des Projektes wird Community- basierte rassismuskritische Beratung angeboten. Die Idee des Projektes ist es, Menschen aus der Community aktiv einzubeziehen, um von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Menschen zur Seite zu stehen. Das Projekt ergreift Partei für die Klient*innen und begleitet sie darin ihre Rechte einzufordern. Die Beratungsarbeit konzentriert sich auf das Empowerment der Klient*innen. Die Mitarbeiter*innen des Projekts werden über einen Zeitraum von einem Jahr intensiv für die Beratungsarbeit geschult.

- Neben der Beratungsarbeit wird im Rahmen des Projektes Netzwerkarbeit geleistet, eine Tagung zur Umsetzung von diskriminierungsfreier Gesetzgebung organisiert und politisch eine klare Positionierung eingebracht. Finanziert ist das Projekt über den Bund und umfasst insgesamt 12 Träger. Die Beratungsstelle von „Weact“ in Hannover befindet sich in der Badenstedterstraße 12, 30449 Hannover (Kontakt: weact@miso-netzwerk.de).

5. Ansätze gegen Rechts: Welche Ideen und Vorhaben bestehen in den Organisationen?

- Es wird sich darauf geeinigt, dass Einladung Bakari „Eby“ Tangara zu dieser Sitzung eingeladen wird
- Vereinbart wird, dass zum Plenum am 09. September jede Organisation 2 Minuten vorstellt, welche Idee und Strategien bestehen, um sich als Organisation gegen Rechts zu positionieren.

6. Wir 2.0 Bericht

- Der Bericht aus 2.0 muss vertagt werden.

7. Abstimmung über den Minijob Runder Tisch

- Laut den Leitlinien des Runden Tisches wird immer für ein Jahr im Plenum abgestimmt, welche Organisation die Minijob Stelle für den Runden Tisch übernimmt. Aktuell wurde bis zum 30.06.2024 darüber abgestimmt, dass die IIK e.V. den Minijob innehat. Die Finanzierung der Stelle durch die Stadt Hannover beginnt und endet jeweils mit dem Kalenderjahr, da die Finanzierungsperiode in Zukunft mit dem Rhythmus der Abstimmung übereinstimmen soll wird über die Verantwortlichkeit für den Minijob vom 01.07.2024 bis zum 31.12.2024 abgestimmt. Es wird einstimmig mit einer Enthaltung beschlossen, dass die Verantwortlichkeit bei der IIK e.V. liegt.

8. Rückblick auf die letzte Sitzung: Umgang mit Antisemitismus

- Zu beobachten ist, dass häufig eine allgemeine Positionierung gegen Diskriminierung und Rassismus besteht, an konkreten Handlungsanstößen mangelt es jedoch in den Organisationen wiederholt. Weiter wurde daran erinnert, dass es sich zu bemühen gilt stets die „Türen offen zu halten“ und im Austausch zu bleiben. Kritische Diskussionen sollten geführt werden.

9. Berichte aus den AGs

- Es liegen keine Berichte aus den AGs vor.

10. Berichte aus den Fraktionen

- Bruno Wolf (Ratsfraktion Bündnis die Grünen+ Die Piraten+ Volt) berichtet, dass im internationalen Ausschuss (donnerstags 17.00) aktuell der Antrag Seenotrettung gestellt wird und bittet um Präsenz im Ausschuss. Zusätzlich wird erwähnt, dass der

Apell zur Schiffspatenschaft noch bis einschließlich Mittwoch 12.06. unterzeichnet werden kann.

11. Verschiedenes

- Thematisiert wird, dass einige migrantische Organisationen eine E-Mail der AfD erhalten haben, in der aufgefordert wird Satzung und Rechenschaftsbelege einzureichen. Festgestellt wird, dass es keine Pflicht gibt auf diese Anfrage zu antworten. Die Anfrage wird als Provokation der AfD eingestuft, da alle benötigten Informationen bereits im Haushaltsbericht zu finden seien.
- Idee: In der nächsten Sitzung könnte das Thema „Anfragen durch die AfD“ genauer behandelt werden, um einen stetigen Austausch zu gewährleisten. Es könnte auch aufgegriffen werden, dass die AfD gezielt an Schule geht.
- Bezahlkarte für Geflüchtete: Es gibt einen Appell, der von Organisationen unterzeichnet werden kann. Am 20. Juni wird der Apell mit einem Brief bei Ministerpräsidenten Kanzlerrunde eingebracht
- Das Thema Antimuslimischer Rassismus soll beim nächsten Plenum platziert werden.

Nächster Termin: 09. September 2024, Neues Rathaus (Gobelinsaal)